

AUSZUG

aus der Niederschrift über die Sitzung
des Samtgemeinderates Schöppenstedt Nr. SGR/031
vom **18.07.2006**

Zu Punkt

9. Bedarfszuweisung 2005 hier: Entwicklung einer Zielvereinbarung

RDS 7/314 vom 22.05.2006

SGA vom 06.07.2006, P. 8 d. TO

Berichterstatterin: Frau Naumann

Herr Gödecke erklärt, dass die Haushaltslage kein hausgemachtes Problem ist. Schuld hierfür sind Gründe, die von der Samtgemeinde nicht zu steuern sind. Hierzu zählt eine schlechte Konjunkturlage in der Vergangenheit, wodurch Steuereinnahmen zurückgingen, sowie gesetzgeberische Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene. Seit Jahren wird im Rat eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung betrieben. Dies wurde auch durch die Aufsichtsbehörden bestätigt. Herr Gödecke führt aus, dass das Einsparziel von 1,1 Millionen Euro nicht erreichbar sei. Die SPD-Fraktion wird nicht dazu beitragen, die Infrastruktur in der Samtgemeinde zu zerschlagen.

Frau Naumann ruft, wie auch im Samtgemeindeausschuss geschehen, alle einzelnen Themen der Zielvereinbarung auf und lässt sodann über die einzelnen Punkte abstimmen.

Mitgliedschaften in verschiedenen Einrichtungen:

Frau Naumann führt aus, dass unter diesem Punkt die Mitgliedschaften in den

- kommunalen Spitzenverbänden,
- im Bund der Schiedsmänner,
- im Fremdenverkehrsverband Wolfenbütteler Land,

sowie die Bierspenden für Volksfeste und die Seniorenweihnachtsfeiern fallen.

1. Beschluss:

Einsparungen in den benannten Bereichen werden nicht vorgenommen.

Beschluss: 19 Ja-Stimmen

1 Stimmenthaltung

Feuerschutz:

Herr Rautmann erklärt, dass die CDU-Fraktion gegen die Schließung von Ortsfeuerwehren ist. Er führt aus, dass er eine pauschale 10 %ige Reduzierung des Feuerwehrbudgets für sinnvoll hält und dies auch beantragen wird.

Herr Ringel hält eine Schließung von Ortsfeuerwehren ebenfalls nicht für sinnvoll und appelliert an die Ratsmitglieder, die Strukturen der Ortsfeuerwehren beizubehalten.

Herr Gödecke entgegnet, dass die SPD-Fraktion einer 10%igen Budgetkürzung nicht zustimmen wird, bevor man nicht mit der Feuerwehr gesprochen habe.

Herr Jahn ist sicher, dass die Feuerwehren auch mit einem um 10 % gekürzten Budget ihre Aufgaben erfüllen können. Den von der SPD-Fraktion geforderten Auftrag an die Verwaltung, gemeinsam mit dem Gemeindekommando nach weiteren Einsparmöglichkeiten zu suchen, hält er für eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.

Herr Prescher schlägt vor, die zehnprozentige Kürzung als Zielsetzung mit in den Beschluss aufzunehmen. Eine pauschale Kürzung um 10 % hält er für nicht machbar.

Nach weiterer Diskussion an der sich Herr Jahn und Herr Prescher beteiligen, stellt Herr Rautmann folgenden Antrag:

2. Beschluss:

Das Feuerwehrbudget wird pauschal um 10 % gekürzt.

**Beschluss: 8 Ja-Stimmen
12 Nein-Simmen**

Der Antrag ist damit abgelehnt !

Im Anschluss lässt der Vorsitzende wie folgt abstimmen:

2. Beschluss:

Im Hinblick auf das Ehrenamt der Feuerwehren wird eine zwangsweise Reduzierung in der Zahl der Ortswehren abgelehnt.

Beschluss: einstimmig

2. Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Erhebung der dafür notwendigen Daten gemeinsam mit dem Gemeindekommando weitere Einsparungsmöglichkeiten zu prüfen.

**Beschluss: 12 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen**

Überwachung des ruhenden Verkehrs:

Herr Rautmann erklärt, dass der Vorschlag, einen anderen Arbeitsplatz für die Mitarbeiterin zu suchen, keinen Sinn ergibt, da durch die Weiterbeschäftigung die Kosten bestehen bleiben, die bisherigen Einnahmen jedoch wegfallen. Deshalb sollte beim Wegfall der Aufgabe „Überwachung des ruhenden Verkehrs“ die Stelleninhaberin betriebsbedingt gekündigt werden.

Herr Gödecke entgegnet, dass es mit der SPD-Fraktion keine betriebsbedingte Kündigung geben wird. Er erläutert, dass bei einer frühzeitigen Umsetzung der Stelleninhaberin auf eine andere Stelle Personalkosten gespart werden können.

Auf Antrag von Herrn Rautmann ergeht folgender

3. Beschluss:

Die Überwachung des ruhenden Verkehrs wird eingestellt. Der Stelleninhaberin wird betriebsbedingt gekündigt.

**Beschluss: 8 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen**

Der Antrag ist damit abgelehnt !

3. Beschluss:

Bei der für die Überwachung des ruhenden Verkehrs ausgewiesenen Stelle ist ein KW-Vermerk zum Zeitpunkt des voraussichtlichen Ausscheidens der Mitarbeiterin anzubringen. Gleichzeitig ist die Möglichkeit zu prüfen, die Stelleninhaberin auf einen anderen Arbeitsplatz umzusetzen und die Aufgabe „Überwachung des ruhenden Verkehrs“ dann einzustellen.

**Beschluss: 12 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen**

Grundstück Helmstedter Straße 11:

4. Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Grundstück Helmstedter Straße 11 einer Veräußerung zuzuführen.

Beschluss: einstimmig

Kindertagesstättenwesen:

Herr Jahn fragt an, warum in die Beschlussfassung aufgenommen wurde, dass an der Vereinbarung festgehalten wird. Da beide Seiten nicht gekündigt haben, ist die Samtgemeinde zur

Fortführung der Vereinbarung ohnehin genötigt; dazu brauche es keinen Beschluss.

Frau Naumann erklärt, dass hier bestätigt werden soll, dass von Seiten der Samtgemeinde die Vereinbarung auch zukünftig nicht gekündigt wird.

5. Beschluss:

An der Vereinbarung mit dem Landkreis Wolfenbüttel wird festgehalten. Veränderungen in der Gebührengestaltung erfolgen bis auf weiteres nicht. Angebote und Gebühren sind wie bisher jährlich zu überprüfen.

**Beschluss: 12 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen**

Schulbudgets:

6. Beschluss:

Die Grundlagen der Schulbudgetfestlegung bleiben unverändert.

Beschluss: einstimmig

Herr Gödecke bittet die Verwaltung zu prüfen, ob und ggfls. durch welche Maßnahmen Personalkooperationen zwischen dem Landkreis und der Samtgemeinde im Bereich der Schulhausmeister, der Schulsekretärinnen, der Sportplatzbetreuung und hinsichtlich der Stadt auch mit dem Jugendzentrum und der Eulenspiegelhalle möglich seien mit dem Ziel, Personalkosten einzusparen.

7. Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die von Herrn Gödecke angesprochene Prüfung vorzunehmen.

Beschluss: einstimmig

Schulsport-/Sportanlagen:

8. Beschluss:

Entgelte für die Nutzung der Sportanlagen von Vereinen werden solange nicht erhoben, wie auch der Landkreis dies nicht für seine Turnhalle verlangt.

Beschluss: einstimmig

9. Beschluss:

Mit der Gemeinde Dahlum sind Gespräche mit dem Ziel einer Kostenreduzierung der laufenden Unterhaltungskosten der Turnhalle Dahlum zu führen.

Beschluss: einstimmig

10. Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit dem TSV Schöppenstedt über Möglichkeiten einer erweiterten Kostenbeteiligung aufzunehmen.

Beschluss: einstimmig

Eulenspiegelmuseum:

Herr Rautmann stellt folgenden Antrag:

11. Beschluss:

Eine Schließung des Till Eulenspiegel-Museums wird abgelehnt. Die Verwaltung wird beauftragt eine andere Trägerschaft für das Eulenspiegel-Museum zu suchen, um eine deutliche Absenkung des Defizits zu erreichen.

***Beschluss: 18 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Stimmenthaltung***

Herr Prescher schlägt vor, neben dem gefassten Beschluss auch den Beschlussvorschlag als Alternative zu beschließen.

Herr Jahn erklärt, dass eine Absenkung des lfd. Defizits um 10 % nicht ausreicht um mit der Kostensituation des Eulenspiegel-Museums fertig zu werden. Es sollte ein privatrechtlicher Verein gebildet werden, der als Träger des Museums fungiert. Eine Absenkung um 10 % kann von der CDU-Fraktion nicht mitgetragen werden.

Herr Gödecke möchte den Vorschlag von Herrn Prescher folgen, da eine Überführung der Trägerschaft einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Um aber einen Betrag in der Zielvereinbarung stehen zu haben, hält er es für wichtig, die Absenkung um 10 % mit aufzunehmen. In Ergänzung des zweiten Satzes des gerade gefassten Beschlusses ergeht folgender

11. Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Möglichkeiten zu suchen, das laufende Defizit um 10 % zu senken und parallel eine andere Trägerschaft für das Eulenspiegel-Museum zu suchen, um eine noch deutlichere Absenkung des Defizits zu erreichen.

**Beschluss: 12 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
1 Enthaltung**

Nutzung Rathausräume durch Dritte:

12. Beschluss:

Für die Vermietung von Räumen des Rathauses mit Ausnahme der Kostenbeteiligung der AWO an den ihr generell überlassenen Räumen wird auch künftig keine Miete erhoben.

**Beschluss: 12 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen**

Freibad:

13. Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Suche nach einer anderen Trägerschaft/Betriebsführerschaft für das Freibad Schöppenstedt fortzuführen.

Beschluss: einstimmig

Herr Rautmann fragt an, ob von der Verwaltung geprüft wurde, inwieweit die Regelungen für die Frühschwimmer rechtlich so möglich sind.

Herr March stellt dar, dass er vor kurzem die neuesten Rechtssprechungen zu diesem Thema erhalten hat. Hiernach könnte, bei einem Badeunfall, ggf. haftungsrechtlich auf die Samtgemeinde zurückgegriffen werden.

Frau Naumann führt aus, dass die rechtliche Seite intensiv geprüft wird.

Herr Rautmann erklärt, dass zwischen den 3 Beschlussvorschlägen 13, 14 und 15 eine enge Verknüpfung besteht. Er führt aus, dass der 1. Beschlussvorschlag zügig umgesetzt werden muss und sich dadurch die anderen von allein erledigen.

Herr Gödecke entgegnet, dass falls nicht gleich eine andere Trägerschaft gefunden wird, die Verwaltung mit den anderen Aufträgen ausgestattet werden muss.

14. Beschluss:

Es ist zu prüfen, ob die Öffnungszeiten verkürzt und für die Frühschwimmer besondere Vereinbarungen hinsichtlich der Beckenaufsicht getroffen werden können.

*Beschluss: 12 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen*

15. Beschluss:

Die Eintrittspreise sind für das Jahr 2007 zu überprüfen und ggfls. anzupassen.

*Beschluss: 12 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen*

Bestattungswesen:**16. Beschluss:**

Die Gebühren für die kommunalen Friedhöfe sind im Jahr 2007 vorzeitig zu überprüfen.

*Beschluss: 12 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen*

17. Beschluss:

Es ist zu prüfen, ob und ggfls. welche kommunalen Friedhofskapellen unter dem Aspekt der Aufbahrungsmöglichkeit in Kirchen weiterhin benötigt werden.

*Beschluss: 12 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen*

Samtgemeindebauhof:**18. Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, den Bedarf für die weitere Aufrechterhaltung des Bauhofes Winnigstedt zu prüfen.

Beschluss: einstimmig

Abwasserbeseitigung/Niederschlagswassergebühr:

19. Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Vorbereitungen zu treffen, um die Frage der Erhebung einer Niederschlagswassergebühr bis Ende 2007 entscheiden zu können.

**Beschluss: 12 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen**

Beteiligungen:

20. Beschluss:

Es werden keine Veränderungen vorgenommen.

Beschluss: einstimmig

Personalentwicklung:

Herr Rautmann stellt klar, dass die Personalausgaben der größte Posten im Haushalt ist. Es muss das Ziel angestrebt werden, die Personalkosten über einen Zeitraum von 10 Jahren um 30 % zu senken.

Herr Gödecke erklärt, dass die Zielsetzung, Personalkosten einzusparen, richtig ist. Man darf sich aber nicht hinter einer Prozentzahl verstecken, sondern muss dem Bürger auch deutlich sagen, wo gespart werden soll und welche Leistungen dadurch nicht mehr erbracht werden können.

Frau Naumann führt aus, dass auch in der Vergangenheit bereits erhebliche Einsparungen im Personalbereich vorgenommen wurden. Diese Einsparungen fanden statt, ohne das Aufgaben und Öffnungszeiten eingeschränkt wurden. Sie erklärt, dass die Verwaltung ohnehin bereits in der Vergangenheit, wie auch zukünftig, jede freiwerdende Stelle auf den Prüfstand stelle.

Im Anschluss lässt der Vorsitzende über die Anträge wie folgt abstimmen.

21. Beschluss:

Über einen Zeitraum von 10 Jahren ist das Ziel anzustreben, 30 % der Personalkosten einzusparen.

**Beschluss: 8 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen**

Der Antrag ist damit abgelehnt !

21. Beschluss:

Personalkosteneinsparungen sind auch zukünftig in dem Umfang vorzunehmen, der nach einer Aufgabenüberprüfung oder anhand konkreter Vorgänge erreichbar ist.

***Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
Ja 12 Nein 8***

Die Samtgemeindebürgermeisterin

Den 01.08.2006

Vfg.

- ☐ Zur nächsten Sitzung des Samtgemeinderates
- ☐ Zur nächsten Sitzung des -Ausschusses
- ☐ Dem Amt mit Anlagen
 - ☐ zur Ausführung des Beschlusses
 - ☐ zur Rücksprache
 - ☐ Kopie f. Sg.Bgm.
 - ☐ Wv. nach Erledigung
 - ☐ Z.d.A.
 - ☐

Naumann